

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Dezemberhälfte 330.— Mtl. Einzelverkaufspr. 25.— Mtl. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernturz 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die aufgespaltenen Petitzelle oder deren Raum 75.— Mrt., auswärtige 80.— Mrt., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Mlt., für Reklamen 250.— Mlt. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernturz 926.

# Lübecker Volksbote

## Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 304.

Sonntagabend, 30. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

## Amerikas Absage – Bonar Laws Pläne.

Berlin, 28. Dezember.

Der amerikanische Staatspräsident Harding hat jetzt auf den Antrag Vorwahs zur Einberufung einer Wirtschaftskonferenz mit einem Briefe geantwortet, aus dem hervorgeht, daß maßgebende amerikanische Kreise im Augenblick noch keine große Neigung haben, sich aktiv an der Lösung des Reparationsproblems zu beteiligen. Harding hält die Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz für „ungeschickt und ungünstlich“, da sie wertlos ist, solange die Schuldenkonsolidierungskommission des Senats nicht größere Bewegungsfreiheit hinsichtlich der Festsetzung der Zahlungsfrist und des Zinsfußes für die Kriegsschulden erhält. Ganz offen sagt Harding: „Die Vereinigten Staaten können es nicht auf sich nehmen, einem Volke zu sagen, was ein anderes zahlen soll, und einem anderen, was es als Zahlungen annehmen muß.“

Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß erklärlich dieses Schreibens der Antrag von Vorwah vom Senat abgelehnt wird, bleibt Europa vorläufig nichts anderes übrig, als zunächst ohne amerikanische Hilfe einen Ausweg aus der katastrophalen Lage der Gegenwart zu suchen. Vorwah ist deshalb auch eine ernsthafte Verknüpfung der Kriegsschuldenfrage mit dem Reparationsproblem nicht zu erwarten, sodoß Europa vorläufig noch mit Entscheidungen von Viertelsjahr zu Vierteljahr sich wird abfinden müssen. Die Zeit der Kompromisse, der vorläufigen Entscheidungen, scheint um so weniger erledigt, als auch zwischen den alliierten Staaten eine einheitliche Auffassung über die Behandlung des Reparationsproblems nicht vorhanden ist. Poincaré läßt nach wie vor den Ruf erschallen: „Kein Moratorium ohne Pfänder!“, während der englische Ministerpräsident eine vernünftigere Behandlung der schwierigen Frage möchte. Er hat für Paris bereits einen Plan ausgearbeitet, über den jetzt näheres bekannt wird. Bonar Law schlägt eine Herabsetzung der deutschen Gesamtleistungen in bar von 132 Milliarden Goldmark auf 50 Milliarden Goldmark vor, ferner die Befreiung Deutschlands von allen Zahlungen während der ersten drei und vier Jahre und Ermäßigung der Zahlungen während einer weiteren kurzen Periode, andererseits dagegen energische Maßnahmen für den Fall, daß die herabgesetzten Verpflichtungen — die vorläufig natürlich nur auf dem Papier stehen — nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Der Plan Bonar Laws gibt viel von dem auf, was im Mai 1921 in London beschlossen wurde, aber deshalb scheint es ausgeschlossen, daß er auch nur eine Grundlage zu Verhandlungen mit Poincaré bilden wird.

Für Deutschland ist jedenfalls der Plan Bonar Laws, wenn er in den gekennzeichneten UmrisSEN zutreffend ist, diskutierbar, zumal er manche Gedankengänge mit den Plänen hervorragender deutscher Reparationsfachverständiger gemein hat. Wesentliches hängt natürlich bei der Festsetzung der Endsumme von den Einzelheiten des Zahlungsplanes ab. Wir würden schon ein großes Stück vorwärts, wenn man auf Grund dieses Plans mit Deutschland zu Verhandlungen käme, was uns vorläufig leider ausgeschlossen scheint.

## Übersendung der deutschen Vorschläge am Sonntag?

Berlin, 30. Dezember.

Der „Tag“ berichtet: Das Kabinett wird die endgültige Fassung der deutschen Vorschläge erst heute vormittag besprechen. Im Anschluß davon werden die Parteiführer entweder vom Reichskanzler oder von dem Außenminister über den Inhalt der Vorschläge unterrichtet werden. Die Entsendung nach Paris wird wahrscheinlich im Laufe des Sonntags erfolgen...

Die Besprechungen innerhalb der Reichsregierung über die Reparationsfrage und die neuen Vorschläge sind gestern fortgesetzt worden. Gestern nachmittag hat im Reichsfinanzministerium die letzte Besprechung mit den Sachverständigen aus der Industrie und der Bankwelt stattgefunden. Es kann mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß die deutschen Vorschläge heute ihre endgültige Formulierung erlangen werden.

## Englands acht Punkte.

London, 30. Dezember.

Über den englischen Gegenvorschlag, den Bonar Law der Pariser Konferenz unterbreiten wird, werden folgende acht Punkte bekannt:

1. Eine Herabsetzung der deutschen Reparationsleistung auf eine Summe, die innerhalb seiner Leistungsfähigkeit liegt, und energische Maßnahmen im Falle eines Verzuges.
2. Zusammenfassung aller deutschen Verpflichtungen des Alliierten gegenüber zu einem einzigen Zahlungsplan.
3. Befreiung Deutschlands von allen Zahlungen während der ersten drei oder vier Jahre und Ermäßigung der Zahlungen während einer weiteren kurzen Periode.
4. Diese Befreiung braucht kein vollständiger Erlaß zu sein.
5. Eine Summe von 50 Milliarden Goldmark, verteilt auf eine gewisse Anzahl von Jahren, könnte als angemessen gelten.
6. Deutschland müsse durch günstige Diskontierung vereinbart werden, die möglicherweise den gegenwärtigen Wert der Gesamtsumme auf die von einer bekannten französischen Finanzautorität vorgeschlagenen 30 Milliarden vermindern könnten, jeder Beweggrund gegeben werden, seine Verpflichtungen richtig zu erfüllen. Das könnte Deutschland natürlich nur mittels Hilfe äußerer Musterhren tun.
7. Frankreichs besondere Rolle bei der Regelung würde in der Annahme deutscher Reparationsbonds, vielleicht sogar einer bestimmten Kategorie, analog den Bonds der Serie C, zum Zweck der Bezahlung der ellierten Schulden an Großbritannien befreien und vielleicht außerdem auch daran, daß ihm seine eigenen teilweise gestrichen werden. Mit Bezug auf die nichtgestrichenen Schulden könnte eine Abänderung des Grundbetrages der Note Belfours, durch die gewisse Beziehungen zwischen den Zahlungen an Amerika und den Forderungen der alliierten Schulden geschaffen werden, angenommen werden.
8. Frankreich müsse seinerseits ebenfalls bis zu einem gewissen Grade die ihm von seinen europäischen Alliierten geschuldeten Verträge erlassen.

Es wird hierzu bemerkt, daß vielleicht einige der angeführten Vorschläge noch vor Eröffnung der Pariser Konferenz abgeändert werden können. Außerdem könnten sich die Ereignisse in Paris und Washington schließlich so entwickeln, daß der englische Plan gar nicht vorgelegt werde.

\*

Berlin, 30. Dezember.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die acht Punkte Bonar Laws bedeuten gegenüber dem Londoner Ultimatum vom Mai 1921 einen ungeheuren Fortschritt und ihre Ausstellung allein ist ein Erfolg der Erfüllungspolitik der früheren Reichsregierung. Sie herabsetzt nicht nur in genügendem Maße das Verlangen Deutschlands nach Gewährung eines mehrjährigen Moratoriums, sondern sie entsprechen ungefähr dem, was die Regierung Gehrenbach-Simon in leider sehr unslägiger und ungeschickter Form im März 1921 in London angeboten hatte. Allerdings ist der Unterschied zwischen diesem Plan Bonar Laws und der Politik Poincarés so groß, daß man kaum zu hoffen vermag, er könne auf der Pariser Konferenz überprüft werden. Aber wir halten es für notwendig, daß die Reichsregierung zum Ausdruck bringt, daß die acht Punkte Bonar Laws auch für sie eine Grundlage bilden, auf der eine Verständigung leicht zu erreichen wäre.

## Zugzusammenstoß bei Breslau.

Breslau, 30. Dezember.

Ein Eisenbahnzusammenstoß ereignete sich auf der Strecke Breslau-Kamenz. Der Personenzug, der den Breslauer Hauptbahnhof in der Richtung Kamenz verließ, fuhr kurz vor der Station Schönborn auf einen Güterzug auf. Drei Wagen wurden dadurch in Stücke zerrissen und mehrere andere Wagen stark beschädigt. Die Maschine des Personenzuges entgleiste. Durch den Unfall war der Gasometer explodiert, wodurch der Packwagen und der vordere Personenwagen Feuer fingen, das aber durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers sofort gelöscht wurde. Das Zugpersonal trug nur geringe Verletzungen davon. Auch von den Passagieren wurden etwa zehn Personen nur leicht verletzt. Tote sind nicht zu beklagen. Der Materialschaden ist sehr groß. Der Unfall ist auf falsche Weichenstellung zurückzuführen.

## Mexikanische Petroleum-Konzessionen.

Paris, 29. Dezember.

Eine Gruppe französischer, belgischer, italienischer und englischer Kapitalisten erhielten nach einer Meldung des „Neuport Herald“ von der mexikanischen Regierung die größte Petroleumkonzession, die von Mexiko jemals vergeben wurde. Der Gesellschaft wird das Recht gegeben, auf allen staatlichen Petroleumgruben Bohrungen vorzunehmen. Die mexikanische Regierung erhält vierzig Prozent der Produktion. Steuern und Taxen werden der Gesellschaft nicht auferlegt.

1922|23.

Dr. L. Lübeck, 30. Dezember.

Mehr schlecht als recht hat sich Deutschland durch das Jahr 1921 durchgerungen. Es mußte immer wieder seinen Laden unter die Bedingungen der Siegerstaaten beugen, um nur das letzte zu retten — sich selbst. Die Beziehung des Ruhrgebietes und der Zerfall des Reiches waren das Ende gewesen, das Ende der Freiheit und das Ende des Volkes.“

Um 31. Dezember 1921 schrieben wir diese Sätze an den Anfang unserer Silvesterbetrachtung. Wort für Wort könnten sie auch heute, am Schluss des Jahres 1922, hier stehen.

Immer noch steht das eine Wort: Wieder gut mächtig wie eine Wetterwolke drohend am deutschen Horizont, gleichzeitig den Himmel ganz Europas verdüstern.

Wie eine verworrene und verschlungene Ranke zog das Wiedergutmachungsproblem durch das ganze Jahr 1922; von Konferenz zu Konferenz, von Katastrophe zu Katastrophe, von Hoffnung zu Hoffnung.

Gleich nach Jahresbeginn hatten sich die Medizinhörner und Zauberküstler der Entente in Cannes getroffen, um die Ecken des Kreises zu suchen. Um sich darüber zu beraten, wie man aus Deutschland Summen und Sachen herauspressen kann, die es gar nicht hat. Und man lief auseinander, als man selbst mit den schönsten Worten die Unmöglichkeit nicht weiter verbüßen konnte.

Um sich in Cannes wiederzusehen — im April. Wirth und Rathenau redeten gütlich zu, Tschitscherin aber stach mit der langen und dünnen Nadel seines Spottes überall hin, wo der quallige Schleim diplomatischer Unvernunft sich allzu breit machte. Erstes Niederpulver war der Rapallovertrag; höchstlich allgemeiner Krach, Battou, Frankreichs hitzig streitbarer Vertreter packte die Koffer und reiste ab.

In London neue Zusammenkunft. An Stelle des weihelosigen und hitzöpfigen Claude Georges saß Bonar Law mit fühltem Schottenverständ. Neben ihm Mussolini, des faschistischen Rutenbündels Auserkorener. Nur Poincaré war noch der alte. Und wieder zankte man, und wieder flog die Konferenz auf ohne Resultat. In Paris will man sich nun wiedersehen, im nächsten Jahre. Also wird auch 1923 mit einer Wiedergutmachungskonferenz anfangen — und wie wird es schließen?

Im Rückblick erst zeigt es sich in voller Klarheit: Das ganze Jahr 1922 bot ein einzig flächig Schauspiel menschlicher Unvernunft, menschlichen Hasses und menschlicher Entschlaflosigkeit. Das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft aber stürzten von einer Krise in die andere. Wie Satan selbst hatte man einst in Versailles einen Streit um Deutschlands Hals geschlungen; und immer wieder reiste sich drohend eine französische Faust empor, um die Schlinge zu ziehen. Am 31. Dezember 1921 kostete ein Dolter 186 Mark; heute kostet er das 50fache.

Hunger und Elend aber wurden des deutschen Mannes, des Arbeiters, des Proletariers, jedes Festbesoldeten unerträglicher Begleiter. Die Kaufkraft des deutschen Volkes ist maßlos gesunken; eine Bereicherung ohnegleichen machte sich breit; und eine Besserung ist nicht abzusehen. Nur einige ziehen aus der deutschen Armut ungeheure Vorteile; benuzen des Landes Notlage zu verbrecherischer Bereicherung. Hier harrt der Reichsregierung noch ein großes Gebiet zur Erprobung ihres guten Willens.

Das Jahr 1922 wird für ewige Zeit mit einem schwarzen Kreuz bezeichnet sein. Der unglaublich verleumderischen deutsch-nationalen Verleumderdeutsche trauriger Erfolg war im Juni die Ermordung des Ministers Rathenau. Schande häufte sich auf den deutschen Namen in der ganzen Welt. Wie ein Mann stand damals das deutsche Proletariat, der deutschen Republik einzige Stütze, auf und machte ein Ende dem Schindrian und der Heze. Schutz und Ehre der Republik!

Und dann einigte sich das Proletariat. Im Oktober reichten sich die beiden großen Arbeiterparteien in Südtirol die Bruderhand; es gibt jetzt nur noch eine sozialdemokratische Partei — nach fünfjähriger Trennung!

Im ganzen war auch 1922 ein schwarzes Jahr für das deutsche Volk; nur wenige Lichtblitze leuchteten darin auf. Jetzt beim Jahreswechsel bessere Hoffnung für die Zukunft zu hegen, ist unser gutes Recht. Schon dümmert es hier und da; außen- und innenpolitisch. Wenn auch bestimmte Rückschlüsse immer wieder auf uns herunterprasseln werden: ein neuer Aufstieg des deutschen Volkes hat eingesetzt; und er wird sich durchringen, allen Widerständen zum Trotz!

Das deutsche Volk hat Unfähiges erduldet und ertragen; es ist gereift in den letzten Jahren. Es hat gelernt! Es ist auf dem Wege, im Kampf für die Freiheit der Unterdrückten, gegen jede Ausbeutung und gegen jedes Menschenrecht das Führervolk der Welt zu werden.

Wie die französische Republik im 19. Jahrhundert allen Widerständen zum Trotz die bürgerlichen Ideale in der Welt zum Siege führte, so wird die deutsche Republik im 20. Jahrhundert das Weltproletariat zum Siege führen. Die Weltgeschichte hat uns in Not und Elend unfere Jahrhunderte Mission vorgezeichnet. Nicht in einem Jahr werden wir sie erfüllen, aber in einem Jahrhundert. Volker bewunderung schauen die Arbeiter aller Länder auf die deutschen Arbeiter und ihre Erfolge. Über noch mehr erwartet das Weltproletariat.

torat von uns: die beginnende Verwirrung des Sozialismus von Deutschland aus. Hier zeigt sich die Linie unseres Weges, das Ziel unseres Kampfes und gleichzeitig das Frühjahr einer besseren Zeit.

Republik und Sozialismus, das sind die beiden Brennpunkte, in denen die Silvesterwünsche des deutschen und des Weltproletariats sich treffen und sich zusammenballen. Und unser Glaube an unsere Zukunft ist ungeheuer stark, ist felsenhart.

## Der ungarische Parteitag.

Wien, 28. Dezember.

Der an den Weihnachtsfeiertagen in Budapest abgehaltene Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie war von über 300 Delegierten besucht. Die Polizei hatte sich ein großes Aufgebot geleistet. Etwa 20 legitimierte Geheimpolizisten und über 30 uniformierte Schutzleute überwachten den Parteitag. Das wiederholte Eingreifen der Polizei rief große Aufregung hervor. Ein solches Eingreifen erfolgte insbesondere, als Genossin Anna Bang-Ropshagen von dem Land sprach, in dem es üblich sei, sozialdemokratische Redakteure totzuschlagen und ihre Leichen ins Wasser zu werfen. Der Kongress wäre sicher von der Polizei aufgelöst worden, wenn man nicht infolge der Unwesenheit ausländischer Delegierter Furcht vor der Wirkung einer Auflösung im Auslande gehabt hätte. Als Vertreter der Zweiten Internationale war Genosse Bande gekommen, dessen Rede über die Amnestie eine ganz außerordentliche Wirkung übte. Sie war politisch sehr geschildert, starke Angriffe und viele Parteigenossen meinten, daß dieserede sehr günstige Folgen haben werde. Der Kongress, an dem für die deutsche Sozialdemokratie Genossen Dr. Adolf Braun teilnahm, hat sehr energisch gegen die Verfolgungen protestiert und sich für eine aktive Sozialpolitik ausgesprochen.

## Deutsche Republik Groß-Rußland.

TU. Moskau, 28. Dezember.

Der seit einem halben Jahre betriebene innigere Zusammenschluß aller Sowjetrepubliken steht unmittelbar bevor. Die Kommissariate für Außenhandel, Auswärtiges Amt, Transportweisen und Post in den einzelnen Republiken gehen in den Sowjetischen Rat der Volkskommissare auf, der zum Bundesrat ausgetauscht wird. Es tritt also keine Vermehrung des Behördenapparates ein. Die örtlichen Kommissariate für Finanzen, Postwirtschaft, Erziehung und Arbeit werden den Direktiven des Bundesrats unterstellt. Zuletzt, Innern, Volksaufklärung und Landwirtschaft erhalten ihre bisherige strikte Selbstständigkeit. Der Bundesstaaten werden vier sein: Sowjetrussland, Ukraine, Weißrussland und die aus Georgien, Westsibirien und Transkaukasien gebildete Transkaukasische Republik. Die Form ihrer Verträge im Bundesrat wird nach beraten. Der offizielle Name ist: "Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken". abgeführt: B. S. S. R.

## Urlaub für politische Zwecke.

Der Reichsgerichtsrat Hoffmann-Schwerendorf räumte am 29. November eine Petition an das Reichsministerium, die die Beurlaubung von Beamten vom Deutschen nationalen Befreiung bezieht. Die jetzt vorliegende Antwort des Reichsministeriums lautet:

"Die Deutsche Demokratische Partei hofft am 28. September des laufenden Herbstes erneut, denjenigen Beamten, die als Delegierte zu dem Parteitag dieser Partei in Elberfeld vom 8. bis 10. Oktober entsandt würden, auf Antrag den Befehl des Reichstages zu erründlichen. Ich habe daraufhin die Oberhoheitsbefehle am 20. September angesetzten, entstrebenden Umlaufberichten stattzufinden, somit die Dienstverhältnisse es freien gestatteten. Mit der alten Worte wurde auch einem Gründen der Deutschen Nationalen Volkspartei, Sonderverein und Freiden, vom 5. Oktober um Beurlaubung von Beamten der Oberhoheitsbehörde Dresden, Leipzig und Chemnitz zum Vertretungen der Deutschen Nationalen Volkspartei in Königsberg am 27. und 28. Oktober entzogen. Die vom Januar erlassene Verfüzung der Oberhoheitsbefehle in Königsberg am 10. Oktober beruht hierauf auf einer mit geöffneten Händen.

Allgemeine Richtlinien für die Beurlaubung von Beamten, die als Delegierte an einem Parteitag teilnehmen wollen, hat bisher nicht erlassen werden. Ich habe aber am 8. November beim Herrn Reichsminister des Innern angesetzt, eine allgemeine Stellungnahme aller Reichsverwaltungen zu den Fragen herzustellen. Die Wiedereinführung darf daher bestmöglich einheitlich für alle Reichsverwaltungen vereinigt werden."

Die Antwort läuft die Debatte nicht aus der Welt, das bisher demokratische Beamte bei Parteitagen zu Berücksichtigung berücksichtigt wurden, während kommunistische Sozialisten fast regelmässig ein Urlaub verweigert werden.

## Lübecker Silvesterträume.

Von Igel

Witten aus dem Winterhöhl föhrt ich mich auf; ich sollte wieder einmal etwas von mir hören lassen. Ohnehin würde ich die kühleren Leutelein aus — Agalangen und Heim, aber Igel — reise und strede mich und kehre nach der Uhr. Sie zeigt wohlaufig schon auf Silvester. Verflucht! Seit Monaten habe ich jetzt also geföhlt und geföhrt: nichts habe ich erlebt, über nichts mich lustig gemacht. Der Jäger brüllten für meine Zwecke wie beim Neujahrstag — nur nicht so böse.

Ich troste mich aus dem Winterbetrieb und beginne mit meiner Wandertag. Ein richtiges Silvesterabend! Ohne Unterloch füllt Schnee vom Himmel zur Erde in riesigen Stäben! Das heißt, es ist untermwegs geföhrt und kommt als Regen, als Sturzschneebogen etc. Über dafür kann der Himmel ja nichts.

Um das Wetter flummere ich mich nun weiter nicht mehr. Alle Bedenke mögliche ich aufzuladen, um ihre Freiheit zu hören über das eine und das neue Jahr. Sie lächeln schon? Tschön! Erträgen werde ich ihnen einen kleinen Bezug abschaffen; vielleicht ist einer von ihnen gerade was, vielleicht auch höhnen sie mir in der kühleren Offenheit ihrer Träume ihr vielgeliebtes Herz aus.

In der Silvesternacht stürmi betontlich jedermann von seinen schönen Wünschen, von seinen lieben Plänen. Rollen wir mal sehen!

Der erste, besten Nachlager ich umhause, ist ein Sozialdemokrat. Jetzt heißt er bei Igel. Wiederum weiß der verächtigte Sozialist kein Gott so grimmes Gesäß definieren! Wie der Schmiede an der Drechsler, so trug ich kleinen Spiegel über die Schulter. Also das ein vergnügter Traum kein! Hab immer häufig mich des Gehörs und zurückgeworfen; und die See ist es, der mich wieder durch das alte Zimmer kommt. Nein, der See ist etwas je gebaut, das der kleine Spiegel nicht verstanden.

## Die hessische Regierungskrise.

### Demokratische Sorgen.

Aus Hessen wird uns geschrieben:

Die hessische Regierungskrise ist immer noch nicht beendet, obwohl der demokratische Finanzminister Henrichs das Vertrauen der Regierungswarte besitzt und die von der Sozialdemokratischen Partei beantragte Aufhebung der Fahrradsteuer für ihn kein Anlaß zum Rücktritt sein könnte. In Zentrumskreisen hört man vielfach die Ansicht äußern, die sozialdemokratische Fraktion habe den Finanzminister gestützt, da sie bedauerte, den Geistlosen Dr. Strecker wieder in das Schulministerium zu bringen. Dieser und andere ihr unterstehende Gründe haben die Stellung der Sozialdemokraten in der Steuerfrage nicht beeinflusst, wie überhaupt in der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion teilweise der Grund zur Regierungskrise zu suchen ist. Diese hat ganz andere und viel „realere“ Gründe, die in der parlamentarischen Stellung der Demokratischen Partei zu suchen sind. Diese Partei ist in einer Stärke von fünf Mann im Hessischen Landtag vertreten. Zwei Fünftel der Fraktion haben ihre Abgeordnetenplätze mit denen auf der Regierungsbank vertauscht, zwei weitere Fünftel sind in der Regel nicht im Landtag anwesend, und das dritte Fünftel ist nicht in der Lage, den parlamentarischen Aktionen der demokratischen Fraktion die genügende Kraft zu geben. Der Finanzminister Henrichs ist ein überaus arbeitsamer und kenntreicher Mann, dessen Aktionsfähigkeit die demokratische Fraktion gern in ihre parlamentarischen Dienste stellen möchte. Darum wünscht sie seine Rückkehr ins Werkstatt des Parlaments. Sie möchte dafür gern das Justizministerium austauschen und mit einem Nichtparlamentarier belegen, sodass sie in derselben Stärke in der Regierung bleibet, aber im Parlament leicht eine größere Macht bilden kann. Dieser und andere Gründe der Demokraten sind die eigentlichen Triebfedern der jetzigen Regierungskrise in Hessen. Die sozialdemokratische Fraktion hat an dem Auscheiden des jetzigen Finanzministers ebenfalls ein Interesse wie an der Regierungskrise selbst.

Wahrnehmung der Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger und Hinweis auf große durch falsche Regierungsmahnmahmen entstehende Gefahren ist also nach der „Zeit“ unberufene Einmischung in die Regierungsgeschäfte! Wie charakterisiert dann das Blatt die Haltung jener Industriellen, die der Regierung lediglich erlauben, das zu tun, was sie für richtig halten? Und wie charakterisiert die „Zeit“ jene Regierung, die nun, um ihre Erlaubnis bittet, während sie die Vertreter der Gewerkschaften nicht zu fragen für nötig findet?

## Die deutschen „Verfehlungen“.

Der Wiederherstellungsausschuss hat eine Verfehlung Deutschlands in bezug auf die Holzlieferungen festgestellt und in einem Kommentar zu seinem Bericht erklärt, diese Verfehlung sei eine „vorläufige“. Es handelt sich bei dieser Verfehlung um Schädlieferungen im Werte von rund 2 Millionen Goldmark. Wie wenig man aus dieser unnothlichen vorsätzlichen Verfehlung Deutschlands ein moralisches Recht auf Verteilungsmahnmahmen herleiten kann, zeigen einige wenige Zahlen über die Leistungen, die das Deutsche Reich bisher aufgebracht hat. Bis zum 31. Juli ds. Js. hat Deutschland aus vorhandenen Beständen und durch Abtragung von Eigentum aller Art im In- und Ausland insgesamt 36 610 450 000 Goldmark entricht. In dieser Summe sind u. a. enthalten die Ansprüche, die Deutschland an seine ehemaligen Verbündeten hatte und auf die es verzichten muhte, der Wert des abgelieferten Eisenbahnmaterials, der Saatzauber, des Reichs- und Staatscaulentum in den abgetretenen Gebieten und der ausgelieferten Handelsflotte. Dazu kommen Sachlieferungen im Werte von 1847 Millionen Goldmark und Verschulden in Höhe von rund 1½ Milliarden Goldmark. Zur Erfüllung des Friedensvertrages hat Deutschland außer diesen Summen bis zum 31. Juli über 56 Milliarden Papiermark gezahlt, von denen allein 14 Milliarden auf das Konto der Besatzungstruppen entfallen. Zur Begleichung der laufenden Abgaben, die durch den Friedensvertrag notwendig wurden, mussten Verpflichtungen von 186 Millionen Papiermark eingegangen werden davon allein 151 Millionen Mark in der Zeit vom 1. Mai ds. Js. bis zum 31. Juli. Vom 1. August bis 30. November ds. Js. muhten ferner über 139 Milliarden neuer schwedender Schulden aufgenommen werden, um die zur Erfüllung des Friedensvertrages notwendigen Devisen zu beschaffen. Wenn man weiter berücksichtigt, daß Deutschland mit der Abtrennung großer Gebietsteile fast ein Drittel seines Vermögens verloren hat, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß bisher Leistungen in Höhe von 100 Goldmillionen zur Erfüllung des Friedensvertrages aufgebracht wurden. Wo bleibt da die „vorläufige“ Nichterfüllung?

## Der mutige Herr Dorsten.

SPD. Die rheinischen Separatisten legen eine Kühnheit an den Tag, die kaum mehr zu überbieten ist. Herr Dorsten hat den braunen Mut aufgebracht, an die Reichsregierung einen Brief zu richten, in dem er nicht mehr und nicht weniger als die Unterstüzung der Reichsregierung für seine Losreisunghabenswesen erbittet. Er glaubt, bei der Reichsregierung für seine Pläne dadurch Sympathien zu gewinnen, daß er versichert, er wolle nichts gegen das Reich unternehmen; er betrachte es vielmehr als seine Aufgabe, die Rheinländer von dem habhabigen und räublückigen Preußen loszulösen, was der Reichsregierung doch nur sympathisch sein könne. Die Reichsregierung hat ihre „Sympathie“ mit diesen hochverrätherischen Wörtern dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie ihm die Antwort auf seine Freiheit schuldig blieb.

## Gutes Schlück alles.

Eine äußerst interessante Zeitungsschlebung, die plötzlich die Gefahren beleuchtet, die durch die Not der Krise heraufschwören werden, wird in diesen Tagen in Berlin vollendet werden. Hugo Stinnes, der alles kauft, was ihm unter die Knie kommt, hat auch die „Deutsche Warte“, das Blatt der Bodenreformer, in seinen Besitz gebracht. Einstweilen erscheint die „Deutsche Warte“ noch als selbständiges Organ und wird von ihren beiden bisherigen Redakteuren in den Räumen der „D. W.“ und unter Aufsichtnahme des Redaktionsapparates dieser Zeitung hergestellt. Am 1. Januar aber wird die „Deutsche Warte“ als selbständiges Blatt zu hören aufhören und in den Verlag des „Tao“ übergehen. Bisher ist den Lesern der „Deutschen Warte“ von diesem Verlagswechsel nichts bekannt geworden. Offenbar will man den 1. Januar verstreichen lassen, weil man massenhafte Abschreibungen befürchtet. Zu dieser Befürchtung steht alle Veranlassung vor; denn der „Tao“ ist u. a. auch ein Organ für die Interessen der Haus- und Grundbesitzer.

wirtschaft leidet ernstlich not! Seht mich an und meinen Schmerz!

Auch ein Demokrat träumt! Herr Klein, den ein furchtbaren Alp verfolgt. Wie der Ritter St. Georg steht er hochaufgerichtet auf einem Berg. Ein finsterner Drache stürmt von allen Seiten auf ihn ein: Die Diktatur der Sozialdemokratie. Klein hält wie Don Quixote um sich, er häumt sich und kämpft wie Laocoon. Aber alles ist umsonst. Der Drache steht immer wieder vor seinen Augen. Und wenn er ihn anfasst, verschmettern will, so ist es nichts, gar nichts. Ich wär der Traum doch schon ausgeträumt! Aber er verfolgt seinen Herrn nicht nur im Schlaf, sondern auch im Wachen. Ein bedenklicher Fall!

Weiter treibt mich mein ruheloses Blut. Und ich sehe einen neuen Schläfer.

Gustav Ehlers Kopf liegt still und schmuckend zwischen den Kissen. Im Traume zieht vieles an ihm vorbei — ein Jahr Bürgerschaft. Schönes und Häßliches! Er denkt an den berühmten Auszug und sehnt sich auch nach dem letzten seiner Schuhbekleidungen. Wie der gute Hirte!

Und dann schmuckt er wieder. Wortblätter fallen ihm ein ohne Zahl! Wie ein Demokrat sich bereit erklärt, ein Schwein zu erzwingen; wie ein Sozialdemokrat sich in seiner männlichen Ehre gekräfft fühlt, als ihm Henk zumutete, er möge seine Milch selbst herstellen; wie Dr. Neumark eine Frage nicht mit dem Kahlkopf, sondern mit dem Handgelenk beantworten wollte; und wie Evers versuchte, mit Zähnen seinen Wein einzuschenken.

Das alles zieht im Traume an des Wortführers geistigem Auge vorbei. Und er freut sich seiner Kinder wie eine Mutter. Zufrieden legt er sich auf die andere Seite und träumt glücklich und zufrieden in das neue Jahr hinüber.

Das gleiche wünscht der Igel seinen Freunden und ebenso seinen Feinden. Humor kennt nicht Freund oder Feind! Prost Neujahr!

Jetzt, Igel, zerhöre den schönen Wahn nicht. Besuche andere Silberfeuerlärm!

\*

Zusammengesetzte wie ein schweres Geschütz Wuhramanderer liegt in einem famosvermählten Bett Dr. Wittern, der Rechtsanwalt. Tuu! er träumt!

Er zeller Kriegsbemalung wie ein Fazit von Indiens Westküste, mit angestelltem Lendentrich und Robbenmus, stürmt er durch Lübecks Straßen. Und meist Irak auf Sozialdemokraten. Wird kommt er über sonnlich stierem Blick den giftigen Krummhörn, in letzter Heimat Kris gerettet, und vergiebt Ströme Blutes. Nur zur entfernt noch Arbeit auszieht, wer nicht weigert jetzt Zepter wiegt, der ist verkräftig, und wird niedergemässt. Bis an die Kröbel motet der Fazit im Blute, bis ans Ende kommt, bis an die Brust und — no Lust — bis an den Hals. Da steht er auf und — Kummer und Schmerz — es ist Dr. Wittern im Bett — genügt vom Schreck des Kampes — sonst nichts.

\*

Schuh! In diesem weißen Raum höhnt ein Mann. Ein gräßiger Traum plagt ihn. Ein Senator weißt mich unruhig. Gran und Granz zeigen ihm ungeheure Haarschädel, alle aus Antikämmen gedreht. Schneller machen sie, grauer und immer dicker. Den Kopf zerdrücken sie soll, das Bett füllen sie von unten bis oben, den ganzen Raum beden sie hässlich zu, der unter ihrem Fuß steigt und läuft. In Entzugsfräumen schlucht eine unerträgliche und lächerliche Gedanke: Wie wär das Leben ohne, wenn die Politik nicht wäre!

\*

Sie arbeitet Bett! Ein saftiges! Das Jagtier der Bürgerschaft! Groß besetzt, fräumt nach einer Stadt morgana. Lauernd steht er für jeden Ritter Wilt; und seine Rüste haben alle zwei Güter und vier Hörner. Wie Giebhäuse liegen Groß zu allen Dingen und Gemütern herein und sind für vor dem Bett zu einem kleinen Berg. Der Groß macht der Schläfer einen Aufschlag und wagt auf; sieht im Spiegel seine jugendigen Zähne und erkennt, dass er zahnlos ist gebaut, dass der kleine Spiegel

noch ein zahnbares Gesicht! Denn die Stadt

# Schulverwaltung und Elternbeiräte in Lübeck.

Die Forderung der kollegialen Schulverwaltung und Erweiterung von Elternbeiräten wurde von der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft des österreichen erhoben. Die Beratungen in der Oberschulbehörde haben sich recht lange hingezogen. Dem Senat wurde vor längerer Zeit der Bericht der Oberschulbehörde vorgelegt. Er kommt uns erst heute in Gesicht, nachdem der Senat in einer der letzten Bürgerschaftssitzungen eine Mitteilung machte. Wie der Senat in dem Bericht an die Bürgerschaft mitteilt, steht die Oberschulbehörde auf dem Standpunkt, daß sie die Abschaffung der hauptamtlichen Schulleitung ablehnt, sich dagegen sowohl für die Erweiterung der Rechte der Lehrkörper, die in der Richtung der kollegialen Schulverwaltung liegen, als auch für die Elternbeiräte ausgesprochen hat. Die Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften zur Durchführung der Beschlüsse hält sie nicht für erforderlich, weil Gesetzesänderungen nicht in Betracht kommen.

Wir bringen im nachstehenden das Hauptfachliche aus dem Bericht der Oberschulbehörde, behalten uns aber eine Kritik über das Ganze vor. Es heißt darin:

Die kollegiale Schulverwaltung bedurfte zunächst einer Grundsatzbestimmung, die in dem Erischen der Bürgerschaft nicht gegeben, angehts der sehr verschiedenen praktischen Lösungen (in Preußen, Sachsen, Hamburg, Bremen usw.) aber nicht zu entbehren war. Man versteht darunter eine Verwaltung der einzelnen Schule, an der das Kollegium in weit stärkerem Maße beteiligt wird, als das bis heute üblich war. Die extreme Form ist die, in der ein auf Lebenszeit ernannter hauptamtlicher Schulleiter überhaupt nicht mehr vorhanden ist und sämtliche Verwaltungsgeschäfte der Schule von dem Lehrkörper bewältigt werden. Diese Form besteht seit kurzem in Hamburg. Die gängige Form zeigt die Erhaltung des vom Staate ernannten hauptamtlichen Schulleiters, daneben aber eine mehr oder weniger weitgehende Vermehrung der Konferenzrechte, die sich dann als Verringerung der Befugnisse des hauptamtlichen Leiters darstellt. Die Oberschulbehörde ist zu dem mit überwiegender Mehrheit (8 : 2) gekommen, diese zweite Form der kollegialen Schulleitung an den lübeckischen Schulen einzuführen. Die Gründe, die sie zur Ablehnung der extremen Form geführt haben, sind folgende: 1. Sie glaubt, daß dem Staat ein so wichtiges Recht wie das der Ernennung der Schulleiter nicht entzogen werden darf; der Staat würde sich dadurch eines Hauptstückes des auch im Sinne der Reichsverfassung ihm zufallenden Einflusses auf den Unterricht und die Erziehung der Jugend begegnen. 2. Sie glaubt, daß das Fehlen eines hauptsächlich dem Staat verantwortlichen leitenden Beamten zu großen Verwaltungsschwierigkeiten führen würde; 3. die extreme Form der kollegialen Schulverwaltung ist bisher nur in Hamburg (und in Bremen auf Widerruf) sowie, dem Vernehmen nach, in Thüringen eingeführt; Preußen, Sachsen, Mecklenburg, Baden, Braunschweig und andere Länder haben zwar die Rechte der Lehrkörper erweitert, aber von dem hauptamtlichen, von der öffentlichen Gewalt ernannten Schulleiter nicht abgesehen; es besteht also, selbst in Hamburg, noch keine hinreichende Erfahrung, auf Grund deren man einen so gewagten Schritt, der dem Unterrichtswesen nach der Überzeugung vieler sehr zum Schaden gereichen könnte, unternehmen dürfe; 4. die Abschaffung der bestehenden Rektorate und Direktoriate würde dem Staat unverträgliche finanzielle Opfer auferlegen. Es ist nicht anzunehmen, daß die in Lübeck vorhandenen Schulleiter freiwillig auf das ihnen auf Lebenszeit verliehene Amt verzichten würden; somit würde Lübeck gezwungen sein — wie das Bremen schon tut — den bisherigen Direktoren und Rektoren, die sich nicht zur Wahl ihrer Lehrer stellen wollen, das volle Gehalt weiterzuzahlen, ohne eine Gegenleistung in Arbeit zu erhalten. — Dies würde nach dem Stande der Gehälter vom 1. November 1922 jährlich etwa 16 Millionen Mark ausmachen. Nach vorhandenen Reichsgerichtsentscheidungen muß es als höchst wahrscheinlich angenommen werden, daß in einem zivil. Prozeß zugunsten der Beamten entschieden würde. Auf alle Fälle aber würde dem Staat die Zahlung des Wartegeldes, d. h. von rund 11 Millionen Mark, einer Summe, die mit dem Steigen der Gehälter noch wachsen würde, obliegen.

Indem die Oberschulbehörde die Abschaffung der hauptamtlichen Schulleitung ablehnt, hat sie sich zugleich dafür ausgesprochen, daß die in der Richtung der kollegialen Schulverwaltung liegende Erweiterung der Rechte der Lehrkörper erfolgt. Sie hat daher die beifolgenden Richtlinien für die Abgrenzung der Pflichten des Leiters und der Konferenz beschlossen; dieselben sollen für alle Schulen, höhere wie Mittelschulen und Volkschulen, auch für Fortbildungsschulen gelten. Die Behörde wird nunmehr die Schulkammern auffordern, nach diesen Richtlinien die

ins Einzelne gehenden Dienstanweisungen für Leiter und Lehrer auszuarbeiten und ihr einzureichen.

Bezüglich der Elternbeiräte hat die Oberschulbehörde, indem sie sich grundsätzlich für diese Einrichtung ausgesprochen hat, die Richtlinien angenommen, die diesem Berichte beiliegen. Es bedarf dazu weiterer Bemerkungen. Indem die Oberschulbehörde die Abschaffung des vom Staat ernannten hauptamtlichen Schulleiters ablehnt, entfällt die Verbindung zum Erlass eines besonderten Gesetzes. Ein solcher wäre ihres Erachtens nur nötig, wenn durch die Neuerordnung Gesetzesänderungen bei es des Unterrichtsgesetzes oder des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Beamten herbeigeführt würden. Dies ist aber nicht der Fall. Sowohl die Ausstellung einer neuen Dienstordnung für Direktoren, Rektoren und Lehrer als auch die Errichtung der Elternbeiräte sind innere Angelegenheiten der Schule und können, ohne Jurisdicition des gesetzgebenden Körperschaften, von der Oberschulbehörde geordnet werden.

Als Zeitpunkt des Inkrafttretens der beschlossenen, aus Anlagen 2 und 3 ersichtlichen Neuregelung ist vorbehaltlich der Ausarbeitung der Dienstanweisungen im Einzelnen, der 1. Januar 1923 in Aussicht genommen.

## Richtlinien für die Elternbeiräte.

1. In allen allgemeinbildenden Schulen ist für jede Klasse eine Elternversammlung einzurichten.

Die Elternversammlung besteht aus den Eltern oder den Erziehungsberechtigten der Schüler (sinnen) der Klasse, die in der Klasse unterrichtenden Lehrer (sinnen) treten ihr mit beratender Stimme bei. Den Vorsitz führt der Klassenlehrer oder mit seinem Einverständnis der Schulleiter. Der Vorsitzende ist verpflichtet, die Elternversammlung mindestens zweimal im Jahre zu berufen; außerdem, wenn ein Viertel der Elternzahl die Einberufung unter Angabe des Beratungsgegenstandes schriftlich beantragt.

2. In Schulen, die mehr als drei Klassen haben, kann ein Elternbeirat eingerichtet werden. Er muß eingerichtet werden, wenn die Mehrzahl der Elternversammlungen oder die Mehrzahl der festgestellten Lehrkräfte der Schule es beantragt.

Der Elternbeirat besteht aus Vertretern der Elternversammlungen der einzelnen Klassen als ordentlichen Mitgliedern, sowie dem Schulleiter und Vertretern der Lehrerchaft der Schule als beratenden Mitgliedern. Jede Elternversammlung wählt mit einfacher Mehrheit ein Mitglied für die Dauer des Schuljahrs. Die Vertreter der Lehrerchaft, für die einzigen Schulen drei, für die übrigen fünf Vertreter, werden von den festgestellten Lehrkräften der Schule mit einfacher Stimmenmehrheit für die Dauer des Schuljahrs gewählt. Den Vorsitz führt der Schulleiter (die Schulleiterin). Versammlungen finden nach Bedarf statt, mindestens zweimal im Jahre. Einmal Anträge auf Berufung einer Versammlung, der von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Elternbeirates unter Angabe des Beratungsgegenstandes schriftlich gestellt wird, hat der Schulleiter zu entsprechen.

3. Sollte für einzelne Schulen mit drei oder weniger Klassen der Wunsch auf Errichtung von Elternbeiräten geäußert werden, so können sie unter sinnemöher Anwendung der Bestimmungen unter Ziffer 2 nach näherer Anweisung der Oberschulbehörde eingerichtet werden.

4. Die Auflage der Elternversammlungen und der Elternbeiräte ist die Wilege der Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus. Ausgeschlossen von den Verhandlungen bleiben die persönlichen Angelegenheiten des Schulleiters und der Lehrkräfte, einschließlich der Fragen der Amtsführung, sowie persönliche Angelegenheiten der einzelnen Eltern und Schüler (sinnen).

Über die gemachten Erfahrungen haben die Schulleiter bis Ende Februar 1924 der Oberschulbehörde zu berichten.

## Wahl des Schulleiters.

Der Schulleiter wird von der Oberschulbehörde oder vom Senat ernannt. Sind mehr als drei Lehrer an einer Schule tätig, so haben sie das Recht, Vorschläge zu machen. Wenn die Oberschulbehörde die Vorschläge nicht berücksichtigen zu können glaubt, so hat sie dieses der Lehrerchaft mitzuteilen. Der Lehrerchaft der Schule steht mit zwei Dritteln Mehrheit gegen den von der Oberschulbehörde in Aussicht genommenen Schulleiter ein Einspruch zu, der zu berücksichtigen ist, wenn er binnen 14 Tagen bei der Oberschulbehörde erhoben und sachlich begründet ist. Wenn ein Schulleiter im Interesse des Dienstes versetzt wird, ist diese Bestimmung nicht anzuwenden.

## Rechte und Pflichten des Schulleiters und der Konferenz.

- I. Die wichtigsten Rechte und Pflichten des Schulleiters sind folgende:

1. Er vertritt die Schule nach außen; gemeinsam mit der Konferenz hat er darüber zu wachen, daß die Schule ihre erziehlichen und unterrichtlichen Aufgaben erfüllt.
  2. Er beruft und leitet die Konferenz. Glaubt er einem Beschuß der Konferenz nicht zustimmen zu können, so hat er die Entscheidung der Oberschulbehörde einzuhören.
  3. Der Schulleiter ist nicht der Vorgesetzte der Lehrkräfte im Sinne des lübischen Beamtengegesetzes. Er ist berechtigt und verpflichtet als Vorsitzender der Konferenz und im beideren Auftrage der Oberschulbehörde Klassenbesuch zu machen. Er ist berechtigt, den Lehrern Anweisungen im Sinne der Konferenzbeschlüsse oder im Auftrag der Oberschulbehörde zu geben.
  4. Der Schulleiter vermittelt den Verkehr zwischen Oberschulbehörde und Lehrkörper.
  5. Der Schulleiter stellt die Verteilung der Lehrstunden und den Stunden- und Aufsichtsplänen unter Beachtung der etwa von der Konferenz aufgestellten Grundätze und unter fühliger Berücksichtigung der Wünsche der Lehrenden auf. Stundenverteilung und Stundenplan sind der Oberschulbehörde rechtzeitig zur Genehmigung einzureichen.
  6. Er regelt Vertreibungen nach den von der Konferenz aufgestellten Grundzügen.
  7. Der Schulleiter kann Mitglieder des Lehrkörpers in dringenden Fällen bis zu 3 Tagen beurlauben, jedoch nicht bei Beginn oder Schlus der Ferien. Der Oberschulbehörde ist alshald Mitteilung über die erfolgte Beurlaubung und deren Grund zu machen.
  8. Der Schulleiter darf unter den gleichen Bedingungen sich in dringenden Fällen bis zu drei Tagen selbst beurlauben.
  9. Aufnahme und Zuweisung der Schüler zu einer Klasse vollzieht der Schulleiter zunächst im Einvernehmen mit der Klassentonferenz.
- II. Die wichtigsten Aufgaben und Rechte der Konferenz sind folgende:
1. Die Gesamtkonferenz berät und beschließt Maßnahmen zur Förderung der Erziehung und des Unterrichts. Ihr gehören alle mindestens mit 12 Wochenstunden beschäftigten Lehrkräfte der Anstalt an; die nicht festangestellt jedoch nur mit beratender Stimme; beischließende Stimme haben diese nur soweit über Angelegenheiten ihrer Klasse oder Schüler Entscheidungen getroffen werden.
  2. Die Konferenz wirkt, soweit die Eigenart der Schule es gestattet, mit bei der Ausstellung der Stundenverteilung, des Stunden- und Aufsichtsplans (siehe I, 5).
  3. Die Konferenz beschließt über die Verwendung der der Schule zur Verfügung stehenden budgetmäßigen Mittel.
  4. Mitglieder des Lehrkörpers, die bei einem Konferenzbeschuß in der Minderheit geblieben sind, haben das Recht, ihre Meinung in der Niederdrift zum Ausdruck zu bringen und zu verlangen, daß die Entscheidung der Oberschulbehörde eingeholt wird.
  5. Die Klassentonferenz unter dem Vorsitz des Schulleiters trifft die Entscheidung über Versetzung der Schüler. Zu ihr gehören als stimmberechtigte Mitglieder alle in der Klasse beschäftigten Lehrkräfte.
  6. Die Klassentonferenz entscheidet in Zweifelsfällen über die Zulassung von Schülern zu wechselseitigen Kursen.
  7. Jeder Klassenlehrer ist bei Entscheidungen über Schüler seiner Klasse gutachtlich zu hören.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 30. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

|                     | 29. Dezember. | 28. Dezember. |
|---------------------|---------------|---------------|
| Amsterdam           | 1 fl.         | 2967.56       |
| Brüssel (Antwerpen) | 1 Frs.        | 500.74        |
| Kristiania          | 1 Kr.         | 1406.47       |
| Kopenhagen          | 1 Kr.         | 1526.17       |
| Stockholm           | 1 Kr.         | 1995.—        |
| Helsingtors         | 1 finn. Mk.   | 188.52        |
| Rom                 | 1 Lire        | 876.55        |
| London              | 1 £           | 34518.50      |
| New York            | 1 Doll.       | 7481.25       |
| Paris               | 1 Frs.        | 546.18        |
| Zürich              | 1 Frs.        | 1416.45       |
| Madrid              | 1 Peseas      | 1172.06       |
| Wien                | 100 Kr.       | —             |
| Prag                | 1 Kr.         | 233.41        |
| Budapest            | 1 Kr.         | —             |

„Neunzig Taler," sagte Fried Jensen.

„Es ist gut."

Alle Qua, aller Zweifel waren von ihr gewichen. Sie fühlte, daß sie jetzt wahrhaft liebte, daß sie jetzt ganz in der Liebe aufging.

Was ging sie die Welt und das Gerede der Leute an? War diese Liebe es nicht wert, daß sie alles dafür aufgab? Möchte Leid und Bitterkeit kommen; eine einzige Stunde des Glücks möge sie auf.

Ja, sie wollte glücklich sein; sie wollte lieben und geliebt werden.

\* \* \*

Pünktlich am 1. November trat Frauke ihren Dienst auf Spätinghof an. Das Häuschen und der Haustat waren verkauft; der Käufer hatte es sofort in Besitz genommen.

Frauke hatte ihren Koffer vorher nach Spätinghof bringen lassen; gegen Abend folgte sie selbst.

Ohne Zittern trat sie ins Haus. Jan erwartete sie im Wohnzimmer.

„Willkommen in meinem Hause!" sprach er mit bewegter Stimme. „Woje es immer deine Heimat bleiben! Was in meinen Kräften steht, soll geschehen, um dir das Leben annehmen zu machen."

„Ich danke dir," erwiderte Frauke, „ich werde mich stets bemühen, meinen Dienst gut zu versehen."

„Nicht so," bat Jan, „hast du mich denn gar nicht lieb?"

„Mehr als alles auf der Welt!"

Da lag sie plötzlich an seiner Brust und er bedeckte Augen und Haar mit heißen Küszen.

Jan Thommen führte die neue Haushälterin in Haus und Hof umher. Er stellte ihr Dienstdeern, Knecht und Hofsünder vor. Er zeigte ihr die beste Stube und die Vorratskammer und zum Schlusse die Stube, die er meistens mit seinem Bruder bewohnt hatte. Hier hatte eine Reihe von Jahren Kinderbettchen gehaust, dann war es die Mamselfenstube geworden.

Jan hatte sie tapazieren und den Fußböden strecken lassen. An dem Fenster hingen neue schwedische Gardinen. Es war ein allerliebstes Stückchen, mit viel Sorgfalt und Liebe hergestellt.

„Hier wohnst du, Mamself! Frauke, und hier hast du den Schlüsselbund."

„Ich darf auch schön uns Herr," gab sie mit schelmischem Lächeln zurück.

Sehr Minuten später stand Frauke in einer bläulichen Schürze am Herd und kochte die Abendgrüne. Fortsetzung folgt.

## Spätinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

51. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Noch am selben Tage gab er dem Mietsmann Befehl, ihm am ersten November eine neue Haushälterin zu mieten.

Es dauerte nur vierzehn Tage, als sich Fried Jensen, der Mietsmann, auf Spätinghof einfand.

„Ich habe ein Stüberl drei auf die Wohl!,“ sagte er, „nun kann der Bauer austuchen.“

Jan Thommen rief dem Manne den Tabakskasten hin: „Stopft die Pfeife, Nachbar!“

Fried Jensen nahm die Tabakspfeife zwischen die Knie und begann: „Da ist die Tochter von Thies Klaes aus Seest. Ihr Vater ist Schneider. Sie ist eine ganz ansehnliche Person. Nicht groß, aber doch ganz ansehnlich, bloß ein bisschen schwach auf der Brust, aber —“

„Nein, nein, gesund muß sie sein.“

„Na, dann hab' ich noch dem Schmidt seine aus Österwohld, eine recht nette Person, und ruhig dabei. Sie hat wohl ein hübsches Mundwerk, aber sonst wirklich ganz ruhig, und der Bauer ist ja auch ganz leichtfertig. Wenn ihr man nichts in die Quere kommt, dann —“

„Ja, Fried, das ist mir zu ängstlich, unter die Toffeln möchte ich doch nicht.“

„Ja, denn ist bloß noch dem Kanton seine. Das ist ja ein reines, arbeitsames Häuschen, und mit der Wildwirtschaft weiß sie auch Bescheid, denn Käktors haben vor der Pensionierung doch auch Kühle gehabt. Ja, mit der Wildwirtschaft weiß sie Bescheid. Ja, und in die vernünftigen Jahre ist Frauke Sievers ja.“

Diesmal hatte Jan den Mann ausreden lassen. Er hatte Mühe, äußerlich gelassen zu bleiben. Wo Frauke, keine geheime Frauke, hätte eine Stellung als Haushälterin! Und er wußte noch, ihr die Stelle in seinem Hause anzubieten? Er wollte es zugeben, daß sie zu fremden Leuten ging, wo er ihr keine Freude unter die Füße breiten konnte?

„Ja, tüchtig soll sie sein,“ erklärte Jan Thommen mit ruhiger Stimme. „Er kann ja mal mit ihr reden, Fried.“

Mehr durfte er nicht sagen, wenn er sich nicht verraten wollte.

Frauke war nicht wenig erstaunt, als Fried Jensen ihr die Stellung auf Spätinghof in Vorstall brachte.

„Ich will nichts überlegen,“ sagte sie. „Kommen Sie doch in diesen Tagen mal wieder vor.“

# BIOGRAPHON

**Das Haus des Grauens.**

Elmo der Furchtlose. Tarzans neue Mission.

**Das Waisenkind.**

Der herzerschütternde Sittenfilm.

**Julian C.**

(6281) Die Niede Groteske.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß wir vom 2. Januar 1923 ab Aufträge, welche auch auf Pfennigbeträge laufen, nur noch vergestalt ausführen, daß die Pfennigbeträge fortfallen.

Bei Erteilung von Sammelaufträgen (bei Beorderung mehrerer Ueberweisungen auf denselben Vordruck, gleichzeitiger Avisierung mehrerer Entnahmen oder gleichzeitiger Einreichung mehrerer Scheine und Wechsel zur Gutschrift) beschränkt sich die Fortlassung der Pfennigbeträge nicht auf die Gesamtsumme der Aufträge, sondern erstreckt sich auf jede einzelne Ueberweisung, Entnahme oder Rimesse.

Wir bitten daher, im Bankverkehr Pfennigbeträge nicht mehr auszuzeichnen.

Bei Couponsabrechnungen kommen die Pfennigbeträge nur in der Gesamtsumme in Betracht.

Des weiteren werden wir, veranlaßt durch die Gebührenberechnung der Reichsbank, vom 2. Januar 1923 ab den Kostenbeitrag für jede Ueberweisung nach auswärts auf Mt. 15.— erhöhen.

Lübeck, im Dezember 1922. (11863)

Bank für Handel und Gewerbe a. G. m. b. H.  
Commerz-Bank in Lübeck

Commerz- und Privat-Bank Akt.-Ges.

Filiale Lübeck

Darmstädter und Nationalbank Filiale Lübeck  
Direction der Discanto-Gesellschaft

Filiale Lübeck

Dresdner Bank Filiale Lübeck

Alfons Frank & Co.

Kreditbank Lübeck a. G. m. b. H.

Landbank Lübeck a. G. m. b. H.

Lübecker Privatbank

Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck

Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck

Louis Wolff Commanditgesellschaft.

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

General-Versammlung am Montag, 29. Januar abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tageordnung:

1. Abrechnung vom 3. und 4. Quartal und Jahres-Bilanz.
2. Wahlen nach § 17 u. 19 der Satzungen.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
- 11862) Der Vorstand. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

11863) Tanzflächen.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Café „Vaterland“

Täglich Konzert der (11817)  
Hamburger Künstler-Vereinigung.

Direktion: Adolf Martens

1

steht fest!

Lindenhof Israelsdorf

beste Ballmusik,  
vorzügliche  
11815) Tanzfläche.

Lüb. Mandolinenklub v. 1911

„Profil Neujahr“

Amtl. Jahrestagung

3. 1. 23, 8.00 abends.

Vorstanderversammlung

1. 1. 23, 11.00 vorm. Ver-

einstofal „3 Ringe“. (11878)

Der Vorstand

St. Gertrud- Liedertafel

1. Januar 1923 Neujahrstag

Großer Neujahrstag

Lokalöffn. 5 Uhr. Kolosseum. Anfang 6 Uhr.

HODERMANN

31. Dezember 1922:

Gr. Silvester-Feier.

Beginn des Konzerts 4 Uhr nachmittags.

Tischbestellung nimmt der Geschäftsführer entgegen. Telefon 719. (11879)

31 Silvester Hof

Ab 7 Uhr abends: Tanz - Kränzchen.

Spätest. Vorlage höchst spätest möglich.

Großer Y BALL

ab 4 Uhr januar 1923 ab 4 Uhr

31 1 Hof.

Profil Neujahr

Allen Gästen u. Bekannten ein gutes Jahr!

Einladung zum

Neujahrstag

des (11828)

Arbeiter-Sport- und Sportvereins Südb

am Montag, dem 1. Januar 1923,

im Gewerkschaftshaus.

Anfang 6 Uhr. Ende? Das Komitee.

Trocadero

Gr. Silvester-Feier

Anfang 8 Uhr (11895)

Tischbestellung rechtzeitig erbeten

Friedrichshof.

Am Neujahrstag:

Großer Ball.

Silvester: (11870)

Großer Ball

der Belegschaft Thiel & Söhne.

Am 6. Januar: 4. Februar.

Stonzerhaus Südb

Am Neujahrstag: (11888)

Gr. Fest-Ball

mit Hühner-Preisschichten.

11889)

Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Konzert- u. Ballhaus „Ster“

Am 1. Januar:

Gr. Neujahrs-Ball.

11874) Anfang 5 Uhr.

Weißer Engel.

11850) Morgen Sonntag:

Großer Silvester-Ball

11887) Anfang 4 Uhr.

Hierzu lädt freundl. ein

11887) L. Stamer.

Friedrich Franz-Halle.

Sonntag, 31. Dez.:

Gr. Silvesterball.

12 Uhr: Polonaise.

Am Neujahrstag:

Gr. Sonntagszehn.

Anfang 4 Uhr.

Hierzu lädt freundl. ein

11887) L. Stamer.

Erster Silberbuden.

Silvester u. Neujahr:

Konzert mit Tanzeinlagen



Sonntag, d. 31. Dez.

Silvester-Ball

im Konzerthaus Südb

Rück 6. (11860)

De Vörstand.

Marmorsaal Stadt-Theater

Sonntag, 31. Dez. 8 Uhr

Gr. Albert Silvester-Ball.

Eintritt 200 Mit.

einschl. Steuer. (11871)

Gledermanns

Sonntag ab 8 Uhr:

Silvester-Feier

Montag, 1. Januar:

Neues Programm.

2 Vorstellungen

4 Uhr (11886) 8½ Uhr

Janja-Theater.

Heute Sonnabend 7½ Uhr:

Frasquita.

Sonntag (Silvester)

Anfang 7 Uhr:

Gastspiel des Kammer-

sängers Karl Wenck-

haus vom Neuen Operett-

haus, Hamburg

Czardasfürstin

Gewinn - Karl Wenck-

haus als Gast.

Sylva Vareska - Lissy Niemz usw. (11889)

Montag (Neujahr)

7½ Uhr:

Gastsp. Karl Wenckhaus

Czardasfürstin

Dienstag, d. 2. Januar:

Frasquita.

Stadttheater Lübeck

Sonnabend, 7.30: 10. Ab.

Wl.: Was ihr wollt.

Sonntag (Silvester)

8 Uhr: Prinzenkabinett

7 Uhr: Einzug

7 Uhr: Lumpaci

vergebundens.

Montag, 1. Jan., 8 Uhr:

Prinzenkabinett. Hufsch-

wind. (11859)

7.30: Die Gledermann

Dienstag, 7.30, Ab. D:

Was ihr wollt.

Erneuerung der Ab-

namenti für die 2. Hälfte

der Spielzeit in den üb-

lichen Saalraum. vorm.

von 10—1 Uhr.

Konzert- u. Ballhaus „Ster“

Am 1. Januar:

Gr. Neujahrs-Ball.

11874) Anfang 5 Uhr.

Weißer Engel.

Morgen Sonntag:

Großer Silvester-Ball

11887) Anfang 4 Uhr.

Hierzu lädt freundl. ein

11887) L. Stamer.

# Lübecker Volksbote

1. Beilage.

Sonnabend, 30. Dezember 1922.

Nummer 304.

## Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 30. Dezember.

### Das Jahr 1923.

Mitternacht. Das Jahr begann.  
Glocken winseln. Schwarz steht der Zahn.  
Volk! erkenne.

Dort droben am Himmel Stern bei Stern:  
Wahrheit, Wahrheit — so fern, so fern.  
Volk! erkenne.

Wild braust es heraus: sieht nur, sieht nur —  
Ein goldener Kern, ein roter Komet.  
Volk! erkenne.

Wer hat Würde? Wer hat Kraft?  
Zu uns daher — Wir sind die Kraft!  
Volk! erkenne.

Max Dörn.

### Abgerollt.

Ewig wechselndes Werden und Vergehen bildet das Leben. So vielseitig dieses auch vor sich geht, im Grunde getrieben ist bis jetzt alles doch nur ein Kampf um das Ich und um die Seinen. Das Leben wäre bei allem guten Selbststehen trostlos, wenn nicht im Innern des Menschen Kräfte wäresten, die über uns selbst und über unser Tun, Können und Wollen hinausstehen. Doch mehr: wenn sich nicht im Menschen ein Trieb entwickelt, der neben dem Ich das Menschentum in seiner Gesamtheit erfasst und zu einem Wirkten vereinigt. Schwer nur entspricht aus egoistischem Denken soziales Empfinden. Denn das Triebheitsgeschehen wirkt gar mächtig und es bedarf aller Tatkräftiger, weitschauender Männer, um es zu überwinden. Diejenigen, die zu viele betrachten, das Weltgeschehen nur vom eigenen Erzeugungsstandpunkt aus. Ist wieder ein Fähnchen abgerollt und hat dem und jenem keinen Vorteil gebracht, dann kommt gleich Gegenfeuer Zweifel und verdammt alles in Grün und Blau.

Nichts Törichteres als dieses. Nur kleine Geister ermessen die Zeitgeschichte an einem Häufchen, das im Verlaufe eines Jahres abgespult wird. Würde auch in dieser kurzen Zeitspanne nichts herauskommen als eine Erfahrung, sei sie gut oder schlecht, so wäre diese Erfahrung schon Grund genug, den neuen Faden aufzutragen und ihn mit frischen Mut auf die Spule zu winden. Ja, ob wir wollen oder nicht, der Selbstverhältnistrieb zwinge uns trotz aller Enttäuschung anzupassen. Je beharrter wir ans Werk gehen, desto sicherer werden wir handeln, um so planmäßiger werden wir dem Chaos aus den Fingern rücken.

Das müssen wir tun. Denn das abgelaufene Jahr brachte uns das Mal des Unzulänglichen recht dreck auf die Stirne. Dunkle, finstere Kräfte zehrten an unserem Lebensmarkt mit weit mehr Rücksichtslosigkeit, als der Durchschnittsmensch ahnt. Nur gefühlt hat diese geheimen Mächte, die ihn ins Gleis führten und darin erheben möchten. Da gehört die ganze Leidenschaft der schaffenden Arbeit dazu, um diese Maßnahmenstöße zu übersteppen. Zu schwer ward die dem Volke aufgebürdet Last, unerträglich die Fesseln kapitalistischer und außenpolitischer Begieruna. Das Volk ist gebusdig. Es schafft und leidet. Doch dies Hoffen ist vergebens, wenn nicht ozeanoplastische, klassenübergreifende Kraft das Brechen an das volkseinfühlbare Tor fehlt und einig, in unverträglicher Treue zusammenhält.

Soweit sozialdemokratisch gefundne Massen beobachten hielten, haben sie diese Arbeit Jahre und Jahrzehntelang unverdrossen geleistet. Kein Widerstand hielt sie von ihrem Ziel ab. Der hohe und edle Geiste, Arbeit für kommende Geschlechter zu vollenden, stärkte ihre Willenskraft und verdoppelte sie. So wird's auch in Zukunft sein. Kein wahrer Sozialist lädt sich durch Versprechen abschrecken, und seien diese auch noch so unüberholbar. Und gerade die Lübecker Arbeiterschaft hat Beispiele klassenbewussthaften Handelns zahlreich zu verzeichnen. Wenn sie auch im abgelaufenen Jahr schwer um ihr Dasein kämpfen mußte

und manches Augen hilfsluchend Umlauf hielte, sie stand trotzdem immer einig auf, wenn es galt, für die Rechte des Volkes einzutreten. Das zeigte insbesondere auch die gewaltigen Demonstrationen beim Rathausbrand. Und sollte irgend ein politischer Feind glauben, die Massen durch solche Verleumdung trübe zu kriegen, dann wird er eines Tages in ganz jämmerlichem Zustand erwachen.

Die Zeiten der Knechtschaft sind vorbei! Das beweist auch das vergangene Jahr. Rechten wir nicht mit dem Verslossen. Vernunft wir daraus! Freihalten wollen wir am Grunnen, Kopf hoch, auch wenn die kommenden Monde noch so schwer werden, die Lasten sich bis zum Unerträglichen steigern. Noch leben wir in der kapitalistischen Welt, in der Welt, der Profit und Eigentum als Allerheiligstes gilt. Aber in uns lebt das Bewußtsein erwachender Erkenntnis in weitesten Kreisen, lebt der Wille, trotz allen negativen Gefeises dem Klassenstaat Stütze um Stütze zu entreißen, damit endlich die Menschheit aller Sklaventaten ledig wird. Mit diesem Vorfall begrüßen wir das neue Jahr und wünschen allen Freunden und Lesern, daß es möglichst heiter empfangen mögen. XX

### Silvester.

Ist man auch Proletarier nur, — so macht man doch noch Feierabend — am Jahresabschluß; das ist so Brauch, — und deshalb mache ich es auch! — Die Rechnung freilich ist rasch quitt: — ein einziges großes Defizit! — Ausgaben viel, Einnahmen klein, — was soll da viel gerechnet sein? — Am Jahresabschluß hat etwas „drüber“ — doch nur der Buchhalter und Schieber! — Wer mit der Arbeit unentwegt — sich heutzutage durchs Leben schleift, — der bleibt der Dumme, wenn ihm nicht — vorzeitig licht das Lebenslicht! — Was hat nun dieses Jahr gebracht, — das jetzt versinkt in Eis und Nacht? — Im Januar der Markttag kam, — der täglich uns beim Winkel nehm, — im Februar und auch in März — da hoffte man noch allermehr — auf Gewinn; nichts kam bei raus; — im Mai zog man betrübt nach Haus! — Juni und Juli zog ins Land: — ernst blieb die Lage und gewann! — Und Rathaus brannten glauben mußt' — im Januarbrand brannte! — Und gleich danach hieß es sodann: — ein Mittentakt auf Scheidemann! — Der Brotdirektor stieg, die Mark verfiel, — wir wurden schwer valutafrank! — Der Dollar hüpfte schrecklich prahlend — in Riesenprägungen auf Schätztausend! — Wir standen da betroffen stumm — die Preise stiegen wiederum! — Belastung, Heizung, Energie, Dienstleistungen: — der Teufel soll die Zahlen holen! — Reichskanzler Witthöft muß Abschied nehmen! — Herr Cuno machte sich bequemen, — den Magen aus dem Dreck zu ziehen; — auch seine anstrengten Mühen — gelang das nicht! Der Reichstag Nest — war dann ein Hungerweihnachtsfest, — wies trauriger im deutschen Land — wohl niemals wurde je gefeiert! — Der Rest war fatal, fast unerträglich, — wir hungerten hinzu unzähllich — und stehen nun (s' ist kein Genuss!) — am bitterbösen Jahresabschluß! — Die neue Zeit steht vor dem Tor — geschmückt mit einem Trauerstor! — Die Hoffnung, unser Wiederholen, — den haben längst wir schon begraben! — Wir schauen mit betrübtem Blick — auf das verflossne Jahr zurück! — Grau vor uns liegt die Zukunftsfur, — und so was nennt man „Januar“ ...

### Zeitungspreise im neuen Jahre.

Die Zeitungen sind leider nicht in der Lage, ihren Lesern eine angenehme Neujahrsüberraschung bereiten zu können. Im Laufe des Dezember hat die Teuerung abermals rapide Fortschritte gemacht, die sich bei der Zeitungspresse für Januar bemerkbar machen müssen. Zu Anfang des laufenden Monats fand jeder Volksboten-Leser den Abonnementpreis abenteuerlich hoch, aber — fast jeder zahlte ihn dennoch; der Abgang von Abonnementen blieb überraschend gering und wurde im Laufe des Monats zum Teil wieder weitgemacht.

Was noch vor drei Wochen groß war, erscheint aber jetzt schon wieder klein. Die Preise steigen unentwegt weiter. Auch auf dem Papiermarkt. Die Großkapitalisten haben es auf die Abmilderung der Arbeitspresse abgesehen. Dieser stehen die Mittel nicht zur Verfügung, um dauernd dem Ansturm zu begegnen. Nur unter allergrößter Anstrengung aller Genossen und Gewerkschaft-

ler ist es möglich, die wichtigste Waffe des schaffenden Volkes zu erhalten. Es steht mehr auf dem Spiel als mancher sich denkt. Die Reaktion lauert an allen Ecken, um dem Volk den Todesstoß zu versetzen. Im Wege steht ihr vor allem die freie, unerschrocken für Volksrechte und Sozialismus kämpfende Presse. Sie zu erhalten ist für jeden organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten oberste Pflicht, ist ebenso notwendig wie das Brot, das die Agrarier im Bunde mit den Rechtsparteien und der bürgerlichen Regierung so horrend zu verteidigen wissen. Die Rückwirkung aller Teuerungen macht sich natürlich auch in Arbeitbetrieben geltend, vor allem aber in den zur Zeitungsherstellung nötigen Materialien. Wenn daher der Lübecker Volksbote seinen Freunden die unangenehme Neujahrsbotschaft bringen muss, daß sein Erscheinen eine bedeutende Mehrlastung zur Folge hat, so können sie verstehen, daß nur die Not ihn zur Abonnementserhöhung treibt. Und jeder Einsichtige wird diese Tatsache begreifen. Er wird sich mit Pflichtbewußtsein seines Blattes annehmen und sagen, jetzt erst recht. Die Reaktion soll nicht triumphieren, soll nicht die für sie angenehme Mitteilung vom Eingehen einer sozialdemokratischen Zeitung verzeichnen können. Sowohl sind wir trotz aller großkapitalistischen Machenschaften noch nicht, und so weit werden wir auch nicht kommen, wenn unsere Freunde so wie bisher auch in Zukunft für den Lübecker Volksbote eintreten und ihr Bemühen um die Werbung neuer Leser im verstärkten Maße fortführen.

Allen Arbeitskollegen muß klar gemacht werden, daß für die gesamte Arbeiterschaft neben freier politischer Betätigung der Arbeitstag in Gefahr ist, daß durch das Sterben der Arbeitspresse jeder wirtschaftliche und soziale Aufstieg um Jahrzehnte zurückgeworfen würde. Nicht zuletzt wird jede praktisch positive Wirtschaftspolitik gehemmt, wenn nicht gar unmöglich. Eine wirkliche, moralische, absolute notwendige Unterstützung wirtschaftlicher Kämpfe der Arbeiter und Angestellten durch die öffentliche Meinung hört auf mit dem Absterben der Arbeitspresse. Die Arbeiterklasse würde verbluten in aussichtslosen Kämpfen.

Das kann nicht sein und das wird nicht sein. Deshalb bleibt Frau Eurem Berater und Führer, dem

### Lübecker Volksboten.

Unsere Leser interessiert es vielleicht, die Abonnementssätze der größeren Zeitungen kennen zu lernen. Es kosten monatlich: Vorwärts 1600 Mt., Berliner Tageblatt 2000 Mt., Frankfurter Zeitung 1900 Mt., Kölnische Zeitung 1900 Mt., Deutsche Allgemeine Zeitung 1850 Mt., Berliner Börsenkurier 1800 Mt., Berliner Börsenzeitung 1800 Mt., Hamburger Fremdenblatt 2200 Mt., Hamburger Korrespondent 2500 Mt., Hamburger Echo 1500 Mt. — Der Lübecker Volksbote kostet für die erste Hälfte des Januar 400 Mt.

### Schiedsspruch für die Geeschiffswersten.

Der vom Reichsministerium eingesetzte besondere Schlichtungsausschuß hat in seiner Sitzung zu Hamburg am 27. Dezember folgenden Schiedsspruch gefällt:

Für die nächsten vier auf die jetzt gültige Lohnfestsetzung folgenden Lohnwochen werden die Löhne für Gelehrte, Angestellte und Untergelernte, ferner, für die jugendlichen ungelehrten Arbeiter um etwa 33% erhöht. Für die ausgelernten Jugendlichen tritt eine weitere Erhöhung ein.

| Die Lohnsätze betragen somit: | Ortsklasse I          | Alttordgrundlohn |
|-------------------------------|-----------------------|------------------|
| Gelernte                      | 192,00 bis 202,00 Mt. | 202,00 Mt.       |
| Angelernte                    | 178,00 " 188,00 "     | 188,00 "         |
| Ungelernte                    | 165,00 " 175,00 "     | 175,00 "         |
| Jugendliche unter 15 Jahren   | 30,00 Mt.             |                  |
| " " zwischen 15 u. 16         | 48,00 "               |                  |
| " " 16 u. 17                  | 62,00 "               |                  |
| " " 17 u. 18                  | 78,00 "               |                  |
| " " 18 u. 19                  | 94,00 "               |                  |
| " " 19 u. 20                  | 109,00 "              |                  |
| ausgelernte Jugendliche       | 150,00 "              |                  |

„Tarif — aber für Eure Lebensmittel gibt's keine Grenze. da macht jeder, was er will. Zum Schluß schimpft alles auf die Löhne, während wir tatsächlich immer nachhinter und die Spanne zwischen Lohn und Preisen immer größer wird. So geht das nicht weiter, das sehen Sie an meinem Buch.“

„Ja, ja, nee . . .“ „Damit ist nicht geholfen, mit ja, ja nee, nee, jetzt muß es an einen Preisabbau gehen, oder ich weiß nicht, was werden soll. So kann es nicht weiter bleiben, das ist sicher.“

### Der Briefwechsel zweier Heiratslustigen.

Eine heiratslustige Berliner Dame hatte eine Anzeige in einer Zeitung erlassen und darauf auch das Angebot eines höheren Beamten erhalten, der um ihr Bild bat. Nachdem er das erhalten, legte er der jungen Dame einen Fragebogen mit folgendem Inhalt vor:

„Warum Sie oder Ihre Mutter jemals in bezahlter Stellung oder in einem eigenen Geschäft tätig? Haben Sie Beziehungen zu ersten Gesellschaftskreisen? Namen? Wie groß sind Sie ohne Schuhe? Wie ist Ihre Haarsfarbe? Sind Sie gesund? Warum Sie schon einmal verlobt? Heimlich verlobt? Haben Sie ein vollkommen matelloes Vorleben?“

Darauf erhält er von dem Bruder der Heiratslustigen die Antwort:

„Meine Schwester erhält Ihren Fragebogen. Ehe ich zur Beamtentwicklung schreite, erfuhr ich noch um folgende Lustfragen: Sind Sie vorbestraft? Wie oft? Weswegen? Mit Geldstrafe? Wie hoch? Mit Freiheitsstrafe? Wo gefangen? Lebt Ihr Vater? Ist er vorbestraft? Weswegen? Sind Sie Säuber? Trinkt Ihr Vater? Haben Sie Verkehr mit Schieberkreisen? Schreiben Sie selbst? Wer sind Ihre Freunde? Erklären Sie diese zweitländischen Aufklärung über Ihre bestehenden und überstandenen Krankheiten von der Berufsverschwiegenheit? Bei welchen Dameninnen wohnten Sie in den letzten fünf Jahren? Empfingen Sie da Damenbesuch? Baden Sie mehrmals im Jahre? Essen Sie mit dem Messer? Tragen Sie Ihre Zähne?“

Aus der Heirat ist natürlich nichts geworden.

**Spanelli**  
die beste Milch-Schokolade

**Zur Jahreswende.**  
Der Poet ist Optimist, —  
Ohne das geht's nämlich.  
Ob er Jub' ist oder Christ,  
Um ihm schwelt ein Schimmer  
ewiger Hoffnungshelligkeit.  
Wenn er sich davon bereit,  
Ist er kein Poete,  
heißt er selber — Goethe.

Bracht ein Jahr an Regen viel,  
Kraft er sich am Kopf,  
laut auf seinen Federkiel,  
drehst am Westenkopf.  
Bis er froh die Hände reicht,  
Und hellend niederschlägt:  
„Nächstes Jahr wird's besser!  
Doch aber — nässer!“

Karl Germes.

### Der Wiederbeschaffungspreis.

Bon Th. Thomas.

Der Hilfsarbeiter Eduard Rohrtommel wohnte bei seinem Chef, der neben der Werkstatt noch einen eintäglichen Kramladen besaß, an dem er mehr verdiente, wie er sagte, als an seinem eigenen Handwerk.

„Ein Fingerriegel lang gehandelt, ist besser, als zwei Arme voll gearbeitet,“ das war seine Parole.

Rohrtommel kam mit Wullmann jeweils ganz gut aus, nur nie sein Lohn reichte, um die entnommenen Waren zu bezahlen.

Eines Sonnabends, im Oktober dieses Jahres, kam es zu einer erregten Szene. Im Kontobuch von Eduard Rohrtommel waren Summen drin, die diesen geradezu gigantisch anmuteten.

„Was,“ schrie er Frau Wullmann an. „Sie haben ja hier die doppelt mehr eingeschrieben, als was ich diese Woche verdient habe.“

„Ja, die Waren sind eben so hoch gestiegen. Wir müssen doch den Preis so hoch ansehen, um die Wiederbeschaffung zu ermöglichen.“

„Was hat denn das auf sich?“ „Sehr einfach. Wenn ich für 1000 Mark einkaufe, und die Ware in der gleichen Qualität kostet später dann 2000 Mark, ist das Doppelte von der Rundschau rechnen, um die Wiederbeschaffung zu lohnen.“



## WICHTIGSTES.

(Siehe Gesetz vom 16. Februar 1921 nebst Nachträgen).

1. Bis zum 15. Januar 1923 ist die für das Jahr 1923 fällige Hundesteuer zu bezahlen:
- für die Stadt Lübeck und ihre Vorstädte, sowie die eingemeindeten Gebietsteile Israelsdorf, Gothenburg, Kremmendorf und Bormerke bei der Polizeiakasse, Mengstraße Nr. 4, Werktag zwischen 8 bis 1 Uhr;
  - für die Polizeizirks Travemünde, Schlutup, Küchnitz-Herrenwinkel, Siems-Dänischburg, Moisling und Nendorf bei den zuständigen Polizeistellen während der bekannten Geschäftsstunden;
  - für die übrigen Landbezirke bei dem zuständigen Gemeindevorsteher während der bekannten Geschäftsstunden.

2. Die Steuer beträgt

- für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck und ihrer Vorstädte sowie der eingemeindeten Gebietsteile Travemünde, Schlutup, Küchnitz-Herrenwinkel, Israelsdorf und Moisling gehalten wird, Mt. 1000,—;
- für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen lübeckischen Staatsgebietes gehalten wird, Mt. 600.—

Werden von einer Person oder von Familienangehörigen in einem Haushalte mehrere Hunde gehalten, so erhöht sich der Steuerbetrag bei a) um je Mt. 2000.— für jeden weiteren Hund, bei b) um je Mt. 1000.— für den zweiten und um Mt. 2000.— für jeden weiteren Hund.

3. Für steuerfreie Hunde ist bis zum 15. Januar 1923 das vorgeschriebene Zeichen zu lösen.

Lübeck, 30. Dezember 1922.

11898)

Das Polizeiamt.

## Befannimodung.

Der Steuerungszuschlag zu den am 6. November 1922 unter C. Krankenförderungen Nr. 1 bis 4 bekannt gemachten Säzen aus dem Tarif für die Verortung für Arbeiten und Leistungen der Berufsteuerwehr, der am 20. November auf 100 Proz. festgesetzt war, wird am 1. Januar 1923 auf 400 Proz. erhöht.

Lübeck, den 30. Dezember 1922. (11898)

Die Behörde für das Generallöschmeister.

## Befannimodung.

Die Gewerbeammer Lübeck hat beschlossen, ein „Einzugs-, Einlungs- und Siedlungszentrum“ zu errichten. Das Amt hat die Aufgabe, Handwerker und Gewerbetreibende in der Geltendruckung von Schuldforderungen zu beraten, Außenstände außergerichtlich einzuziehen und Streitigkeiten über Schuldforderungen unter Vermeidung gerichtlicher Austragung, wenn notwendig, unter Mitwirkung des Sachverständigenkonsortiums des Kammer zu säubern. Die Finanzvorausnahme des Amtes ist allen zur Gewerbeammer wählbaren Personen gestattet, außerdem Geschäftskunden von Handwerkern und Gewerbetreibenden zur Beilegung von Streitigkeiten aus geschäftlichen Forderungsansprüchen gegen Handwerker und Gewerbetreibende. Die Verantwortung des Amtes erfolgt unentgeltlich, die Einziehungs- und Schlichtungstätigkeit gegen Leistung einer angemessenen Gebühr und Entstättigung der entstandenen Kosten.

Das Amt nimmt seine Tätigkeit mit dem 2. Januar 1923 auf und ist vorläufig geöffnet Dienstags, Donnerstags und Freitags von 4—7 Uhr. (11888)

Die Gewerbeammer.

## Befannimodung

Auf Grund des § 2 der Durchführungsbestimmungen vom 8. Dezember 1921 zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 wird der Wert der Naturals- und Sachbezüge für die Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn für den Bezirk der Finanzämter Lübeck und Cuxhaven mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab wie folgt festgesetzt:

A. Wert der vollen freien Station (volle Belebung und Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung).

1a) für männliche und weibliche Angestellte und ständige Arbeitnehmer in leitender oder gehobener Stellung, in Haushalt, Handels- und Gewerbebetrieben, öffentlichen und privaten Krankenanstalten sowie in der Landwirtschaft (z. B. Lehrer, Lehrerinnen, Hausdame, Geschäftsführer, Werkmeister, Arzt, Apotheker, Oberschwestern, Inspektoren, Verwalter usw.) täglich 500 Mt., monatlich 15 000 Mt., jährlich 180 000 Mt.

b) für sonstige männliche und weibliche Angestellte (z. B. Gesellen, Gehilfen usw.) und unständige Arbeitnehmer, jedoch ausschließlich der Lehrlinge täglich 400 Mt., monatlich 12 000 Mt., jährlich 144 000 Mt.

c) für sonstige weibliche Angestellte (Dienstmädchen, Mägde usw.), unständige Arbeitnehmerinnen (Ausfluspersonen, Reinmädchen und Zuefflauen usw.) sowie Lehrlinge und Lehnmädchen täglich 300 Mt., monatlich 9000 Mt., jährlich 108 000 Mt.

Wird die volle freie Station nicht gewährt, treten an Stelle der genannten Gesamtsätze folgende Einzelsätze:

1. nur für Wohnung, Heizung, Licht . . . . . 1/5  
2. nur für volle Belebung . . . . . 4/5  
3. für Mittagessen . . . . . 2/5  
4. nur für Morgen- und Abendbelebung je . . . . . 1/5  
der vorstehend unter 1a—c genannten Säze.

II. Bei in der Schifffahrt beschäftigten Personen:

a) für in der Grossschiffahrt d. h. auf Fracht- und Passagierschiffen über 100 Bruttoregistertonnen verkehrende Kapitäne, nautische und technische Offiziere und Sonnige in Dienststzung lebende Mitglieder der Besatzung täglich 500 Mt., monatlich 15 000 Mt., jährlich 180 000 Mt.

b) in allen übrigen Fällen (und zwar ohne Unterschied der Dienststellung) täglich 400 Mt., monatlich 12 000 Mt., jährlich 144 000 Mt.

## Deputatempfänger auf dem platten Bande:

Als Wert des Deputats gilt der jeweilig nach dem Landarbeitertarif vom 21. 4. 1921 in der Form der Zulagevereinbarungen festgestellte Unterschied zwischen Barlohn der landwirtschaftlichen Freiarbeiter und dem der Deputatarbeiter unter Berücksichtigung von 50 v. H.

Sofern durch Tarifvertrag oder sonstigen Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Sätze vereinbart sind, gelten auch für den Steuerabzug diese höheren Bewertungen.

Der Wert einzelner hier nicht aufgeführt Sachbezüge wird nötigenfalls durch die Finanzämter festgesetzt.

Lübeck, den 28. Dezember 1922.

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck

Abteilung Ia. für Betriebs- und Verkehrssteuern.

gez. Dr. Magnus.

## Nichtfamilialer Teil.

### Nachruf!

Am 26. d. Mrs. verstarb nach schwerer Krankheit der Straßeneiniger

### Johann Ahrens.

Er war ein ruhiger, gewissenhafter und fleißiger Arbeiter, dem stets ein ehrendes Andenken bewahrt bleibt.

11840) Das Polizeiamt.

Habe mich in (11885)

### Schlutup, Lübeck Str. 92

als niedergelassen. Sprechstd. v. 9—12, 3—7.  
Fernspr. 61. Dr. Friedr. Meyer.

Meiner werten Kundenschaft und meinen Freunden ein fröhliches

### Prost Neujahr!

Carl Folkers, (11854) Marlesgrube 25.

Otto Schneider u. Frau

### Kulmbacher Bierhaus

wünschen ihren Freunden und Gästen

### ein frohes Neujahr!

Erna Raths  
Wilhelm Schlatow  
Verlobte (11845)  
Schlutup, Neujahr 1923.

Zum Jahr zweihundert  
herzlich Glückwunsch!  
Carl Hudolfsky und Frau.  
11897)

Ageln meinen lieben  
Gästen und Freunden ein  
Prost Neujahr!  
H. Carsten, (11889)  
Restaur. Mois. Allee 27.

Fröhliches Neujahr  
allen Freunden u. Gästen  
11884) Restaurant  
Johs. Groth.

Franken- u. Sterbekasse  
gewerblicher Arbeiter.

Es sollen einige  
Sonntagsboten  
angewiesen werden. Bewerber (Mitglieder) wollen sich schriftlich bis Mittwoch, d. 3. Januar im Bureau der Kasse melden.

Mehrere (11868)  
Beitagsstifter  
für Holtendorf u. innere  
Stadt gesucht. Genossen  
die Zeit und Lust haben,  
mössen sich im Partei-  
sekretariat, Johannisstr. 50,  
melden.

Wohnungsaustausch.  
Ges. 2—3-Zimmer-Wohn-  
ung, e. 3-Zimmer-Wohn-  
ung, d. Hansastr. evtl. Um-  
zugsvorburg, Ang. u. A  
650 an die Exp. (11867)

F. Rieckhoff und Frau,  
Geniner Straße 54.

Aller unseren werten  
Gästen und Freunden  
zum Jahreswechsel

die herzlichsten  
Grußwünche!  
Heinrich Dölle  
11837) und Frau.

billig zu verf. (11832)

Gr. Gröbelgrube 68.

Bild zu vt. a. S.-Fahrrad

20 000, S.-Nähm. 20 000.

Gram. mit Blatt. 15 000.

A. Meyer, Händler,

11888) Gr. Vogels. 13a, 1.

Gute für Herrenuhr z. vt.

11847) Hansastr. 32.

Blüschsofa, 2 Sessel. Dörf

zu verf. Schwartau,

11852) Lübecker Str. 2.

Leiter, 4—5 m l. Schieft

z. v. Rottwitzstr. 12 II. (11848)

Vergil. Sonntagabend. (11811)

Sonnta., den 31. Dezbr.

Dr. Eschenburg, Güterstr. 33.

Dr. Petersen, Mengstr. 16

Dr. Niemann, Schw. All. 75

Montag, d. 1. Jan. 1923

Dr. Lüth, Sandstr. 16.

Dr. W. von, Moltkestr. 15.

Dr. Fr. Christen, Karpfenstr. 4.

Beste Preise

für

Gold, Silber,

Platin,

Double

(Bruch und Gegen-

stände)

Brillanten

zahlt (11807)

Goldschmied

Carl Michaelson

Mühlenstrasse 3,

(am Klingenberg).

Gute Absatzquelle für

Alt-Eisen, Metalle, Papier,

Glaschen usw.

Händler, Schlossereien, Schmiede-

reien und Klempner

erhalten Vorzugspreise. (11829)

H. & A. Koch, seit 1883 tätig,

Hans Koch, „ 1919 "

beid. Auktionsatoren

u. Tapeten.

Auktionshäuser Marles-

grube 9/11.

Vorteilhaft Verkauf von

Möbeln, Hausrat, Bettwaren,

Leinenzeug, Kunstsgegen-

stände, auch in eigener

Wohnung. Ersparnis d.

Transportkosten. Fach-

männische Berater bei

Rechtsfall. für d. Fi-

nanzamt, auch b. Feuer-

und Wasserbehälter.

11844)

Wir beabsichtigen, unsere Hand-

achten aus den Jahren 1909 bis ein-

schließlich 1913 einzustampfen zu lassen.

Etwaige Ansprüche auf Herausgabe von

einzelnen Akten oder von Teilen der

selben bitten wir bis zum 15. Januar

1923 auf unserem Büro, Kohlmarkt 1,

geltend zu machen. Fernsprecher 713.

Lübeck, 29. Dezember 1922.

Weigrowitz & Dr. Bendfeldt.

11841 Rechtsanwälte und Notare.

Möbel- und Möbels - Auction

i. Kochs Auktionshäuser, Marlesgrube 9/11

findet gleich nach dem Feste statt. Gute Möbel

und Haussachen können noch dazu einge-

